

„Supergau“ für Mathematik

Fortsetzung Seite 1: Prorektor kritisiert Ministerium

Ein „Supergau“ nennt der zuständige Studiendekan Klaus Dibowski die drohende Schließung der Angewandten Mathematik: „Die Studiengänge sind bisher immer voll geworden, sie wurden dieses Jahr auch reakkreditiert, also ausdrücklich für gut befunden. Wegen ihrer praktischen Ausrichtung und der Teilnahmemöglichkeit für Berufsbachelorabsolventen sind sie unbedingt zu erhalten.“

Besagte Praxisnähe drücke sich vor allem darin aus, dass die Ergebnisse der forschungsorientierten Universitäten auf Anwendungsfelder übertragen werden würden, erklärt Dibowski. So könnten sich Studenten derzeit etwa auf Versicherungswesen oder Technik und Industrie spezialisieren. Der Studiendekan meint, man könne daher auch nicht von Doppelangeboten an Universität und Fachhochschule sprechen: „Die Studiengänge konkurrieren nicht, sie ergänzen sich.“ Ohnehin könnten viele der Fachhochschulstudenten nicht an der Uni studieren. Im Bereich der Mathematik verfügt nur knapp ein Drittel der Immatrikulierten über die dafür notwendige allgemeine Hochschulreife. Die Mehrheit hat

hingegen ein Berufsbachelor absolviert.

Dibowski sieht im Falle der Umsetzung der aktuellen Pläne die ganze Fakultät für Informatik, Mathematik und Naturwissenschaften (IMN) gefährdet, da auch die Informatik zur Disposition stehe. Doch schon die Streichung der Mathematik würde dazu führen, dass Bedienleistungen quantitativ und qualitativ an Substanz verlieren würden. So müssten Module, vor allem für Informatiker und Ingenieure, ausfallen. Im Grunde wären aber mindestens alle Studiengänge des technischen Bereiches davon betroffen.

Nach Bekanntgabe der Kürzungspläne des Rektorats setzte die Fakultät IMN zahlreiche Hebel in Bewegung. Es folgten Gespräche mit Ministerium und Rektorat. Auf der Homepage wurden zahlreiche Unterstützungsschreiben aus der Wirtschaft und von Absolventen veröffentlicht. Leider seien die Verhandlungen mit dem Rektorat festgefahren, so Dibowski. Ein Alternativvorschlag, der die Kürzung von zwei Mathematikern, zwei Informatikern und einer halben Stelle in der Verwaltung vorsah und mit dem die Studiengänge der Angewandten Mathematik wohl



Klaus Dibowski Foto: Thomas Treichel

hätten gerettet werden können, sei abgelehnt worden.

Das Rektorat hat sich bei der Umsetzung der Kürzungspläne bewusst gegen eine gleichmäßige Verteilung auf alle Fakultäten, die sogenannte Rasenmähermethode, entschieden, um eine existenzielle Bedrohung mehrerer Studiengänge zu vermeiden. Dass die Pläne nun die Angewandte Mathematik besonders stark treffen, dürfte auch dem Umstand geschuldet sein, dass dort bis 2015 fünf Professoren in Rente gehen.

Gerhard Hacker, HTWK-Prorektor für Bildung, kritisierte die Kürzungspläne des Landes. Das Wissenschaftsministerium könne nicht erwarten, dass die Abbrecherquote sinkt, wenn sich die Studienbedingungen verschlechtern und die Belastungen für den Einzelnen größer würden. Hacker wies darauf hin, dass die HTWK in diesem Wintersemester trotz zwölf Prozent mehr Bewerbungen die Immatrikulationen um zwölf Prozent reduzieren musste, um das Betreuungsverhältnis nicht noch schlechter werden zu lassen.

Thomas Treichel

Ausgeschlossen

Wiwi: Diskussion nur für Studenten

Professoren, Doktoranden und wissenschaftliche Mitarbeiter müssen in Zukunft draußen bleiben, wenn sich der Studentenkreis „What about Economics?“ zur wöchentlichen Diskussion trifft. Durften bis vor kurzem noch alle Interessierten der Gesprächsrunde beiwohnen, ist sie jetzt nur für eingeschriebene Studenten offen. Ein Diskussionskreis von Studenten für Studenten – das ist soweit nichts Ungewöhnliches. Doch die plötzliche Zugangsbeschränkung stieß auf heftige Kritik.

Thomas Krause und Pablo Duarte, beide Wirtschaftsstudenten an der Uni Leipzig, hatten den Studienkreis Anfang dieses Semesters ins Leben gerufen. Er soll sowohl Themen und aktuelle Entwicklungen aufgreifen, die im universitären Stundenplan zu kurz kommen, als auch Raum zur kritischen Reflexion über die eigene Disziplin bieten. Auf die Referate der wöchentlich wechselnden Experten folgt jeweils eine Diskussion.

Offenbar war das Diskussionspotential bei den ersten Treffen jedoch größer als gedacht. Die Veranstalter begründeten die Zugangsbeschränkung auf ihrer Website mit „Hinweisen von Studenten, die in der offenen Gesprächsrunde nicht das loswerden konnten, was sie wollten“, was jedoch dem Anliegen der Studenteninitiative widersprach. Mit dem Ausschluss aller Nicht-Studenten möchten Krause und Duarte ihren Teilnehmern nun das Wort sichern.

Diese Begründung erscheint vielen Kritikern ungläubig. Sebas-

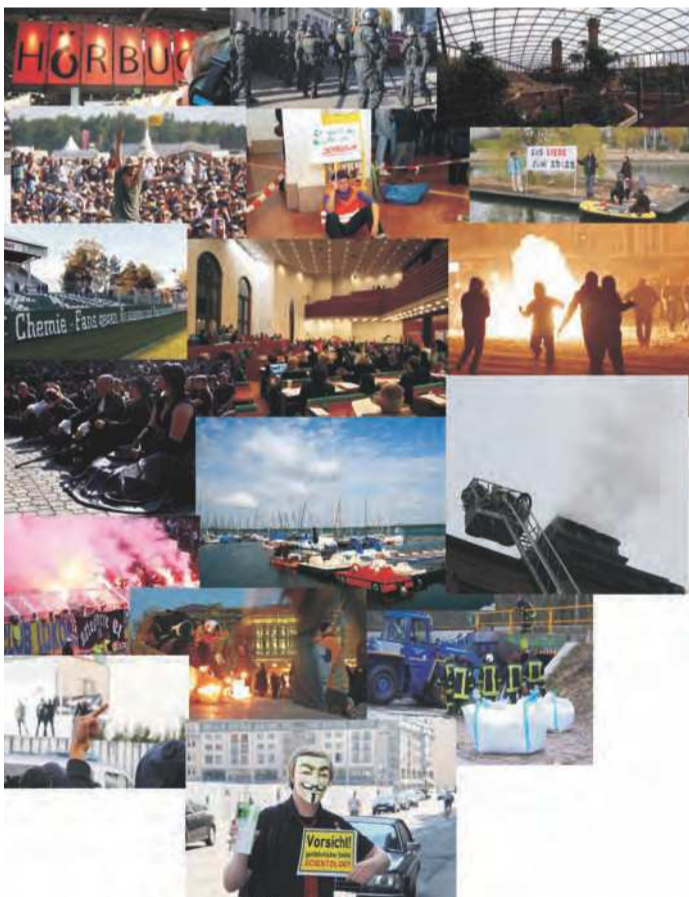
tian Thieme, Doktorand an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und somit vom Ausschluss betroffen, kann die Argumentation der Veranstalter nicht nachvollziehen. Er selbst habe eine sehr geordnete und disziplinierte Sitzung erlebt, die von einem Moderator geleitet wurde. Auch Dozent Georg Quas berichtet, er habe nach den Veranstaltungen mit einigen Studenten gesprochen und dabei keine Beschwerden gehört. Sowohl Thieme als auch Quas sehen durch die neue Regelung vor allem die Pluralität in der wissenschaftlichen Diskussion gefährdet. Letzterer gibt zu bedenken, dass der Ausschluss „diejenigen Referenten schützt, die sich auch bisher der öffentlichen Diskussion entzogen haben.“

Kritische Kommentatoren auf der Website des Studienkreises äußerten die Vermutung, es sei kein Zufall, dass die Regelung kurz vor dem Vortrag des Leipziger Professors Gunther Schnabl in Kraft getreten ist, dessen Ansichten als kontrovers gelten. Die Veranstalter weisen auf ihrem Blog jeglichen Zusammenhang zurück. Krause betont zudem, die teilweise bemängelte Löschung von kritischen Kommentaren auf der Website betreffe nur anonyme Beiträge. Kritische Stimmen mit Namen seien weiterhin online.

Die beiden Veranstalter meinten, dass der Diskussionskreis nach dem Ausschluss der Nicht-Studenten ihrem ursprünglichen Anliegen entsprechen würde. Sie räumten jedoch ein, dass sie dieses zu Beginn möglicherweise unklar kommuniziert hätten.

Friederike Ostwald

Anzeige



Auch 2012 wieder überall da, wo Leipzig ist. Versprochen.

L-IZ  **DE**
LEIPZIGER INTERNET ZEITUNG

Alles weiblich

Uni Leipzig erhält neue Grundordnung – Größerer Hochschulrat

Die Universität Leipzig erhält eine neue Grundordnung. Der Erweiterte Senat verabschiedete Mitte November ein entsprechendes Dokument, das künftig die bisher geltende vorläufige Grundordnung ablösen soll. Die Grundordnung kann als Verfassung der Hochschule verstanden werden und regelt wesentliche Zuständigkeiten von Organen.

Hintergrund der Neufassung sei eine inhaltliche Straffung, die die Ordnung praktikabler machen solle, erläutert Rektorin Beate Schücking. Außerdem sei das Ziel, dass „künftig Studierende und Promovierende stärker als bisher an Entscheidungen rund um die Universität partizipieren“ können.

Die augenfälligste Änderung in der neuen Grundordnung ist formaler Natur. Es wurde festgelegt, dass künftig „die gesamte Ordnung im generischen Femininum geschrieben wird“, erklärt Marcel Wodniok, ein ehemaliges Mitglied des erweiterten Senats. Man betrachte diese Änderung „als politisches Signal“. Konkret bedeutet das generische Femininum, dass Personen generell in



Marcel Wodniok Foto: cge

der weiblichen Form erwähnt werden, also beispielsweise nur noch von „Studentinnen“ und nicht mehr von „Studenten“ die Rede ist.

Eine weitere Neuerung betrifft die Stärkung des Promovierendenrates (ProRa), der künftig mehr Zuständigkeiten und Aufgaben erhalten soll. Es sei aber fraglich, ob diese Überarbeitung beim Wissenschaftsministerium (SMWK) auf Zuspruch stoßen werde, meint Wodniok. Bereits während der Sitzung des Erweiterten Senats seien diesbezüglich verschiedene Rechtsauffassungen aufgetreten.

Weiterhin beinhaltet die neue Grundordnung eine Vergrößerung

des Hochschulrates von derzeit sieben auf neun Mitglieder. Damit entsprach der Erweiterte Senat dem Antrag der Hochschulratsvorsitzenden Monika Harms. Sie hatte die hohe Arbeitsbelastung der bisherigen Mitglieder moniert und betont, der Hochschulrat könne mit sieben Mitgliedern eine ernsthafte Bewältigung der gestellten Aufgaben nicht gewährleisten. Die studentischen Vertreter sprachen sich mehrheitlich gegen die Vergrößerung aus. „Die sächsische Staatsregierung hat mit diesem Organ eine Art Aufsichtsrat geschaffen und die Bestrebung verfolgt, aus der Universität ein Unternehmen zu machen“, begründet Wodniok diesen Schritt.

Ob und wann die neue Grundordnung in Kraft tritt, hängt nun vom SMWK und dem Rektorat ab. Beide müssen noch ihre Zustimmung erteilen. Beim Rektorat sieht Wodniok keine Probleme, da „die Rektorin im Verlauf der Beratungen ihre Kritik bereits vorgebracht“ habe. Dahingegen könnte, nach Wodnioks Einschätzung, die Zustimmung des SMWK zum „Knackpunkt“ werden.

Christopher Geißler